Nummer 2

Mit Kurszettel | Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Rogiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Krausenstr. 27.

Abendausgabe . 20 Goldpfennig. | 70. Jahrgang | Freitag, 2. Januar 1925

Dr. Marx beim Reichspräsidenten.

Ein überparteiliches bürgerliches Ministerium?

Da der Reichstag, der am nächsten Montag bekanntlich zusammentritt, bald vor Entscheidungen von weittragender Bedeutung gestellt sein wird, ergibt sich mit Selbstverständlichkeit, daß sobald als möglich auch eine Regierung vorhanden sein muß, die der Lage gewachsen ist und die in ihrer Zusammensetzung dem Sinne der Reichstagswahlen vom 7. Dezember entspricht. Reichspräsident und Reichskanzler haben heute, wenn sie den Versuch der Regierungsbildung erneuern, die gleiche Lage vor sich, wie kurz vor Weihnachten, als die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden. Es liegt einstweilen kein Anzeichen dafür vor, daß das Zentrum seine, die bürgerliche, bis zu den Deutschnationalen erweiterte Regierung ablehnende Haltung geändert hat. Ueber diesen toten Punkt muß die Entwicklung hinausgetrieben werden. Es scheinen Bemühungen im Gange zu sein, bei nicht veränderter Lage eine überparteiliche bürgerliche Regierung zustandezubringen. Diese Bemühungen dürfen auf Dr. Stresemann und die Deutsche Volkspartei zurückzuführen sein. In den Kreisen der Deutschnationalen, deren Führer morgen vormittag zum ersten Mal im neuen Jahr zur Besprechung der Lage zusammentreten, scheinen Bedenken grundsätzlicher Art gegen eine solche Lösung nicht zu bestehen, obwohl sie in diesen Kreisen nur als eine Zwischenlösung betrachtet wird.

Der Reichskanzler hat sowohl am Sylvestertage wie auch heute mit dem Reichspräsidenten eingehende Besprechungen über die Regierungsumbildung gehabt. Eine abschließende Entscheidung ist indessen noch nicht getroffen. Dr. Marx setzt seine Bemühungen fort. Aber auch in der Wilhelmstraße glaubt man nicht, daß eine Entscheidung unmittelbar bevorsteht. Eine Klärung noch in dieser Woche ist um so weniger zu erwarten, als sämtliche Fraktionen des Reichstages nicht vor Montag zusammentreten.

*

Von den Fraktionen des Preußischen Landtags tritt die Fraktion der Deutschen Volkspartei am Sonntag nachmittag 4 Uhr zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Am Montag um 10 Uhr vormittags versammeln sich die Demokraten, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Um 11 Uhr treten die Sozialdemokraten zusammen.

Neue Verzögerung der Absendung der Botschafternote?

Englische Abänderungswünsche.

TU Paris, 2. Januar.

„Havas" erfährt aus London, daß die britische Regierung noch Abänderungen an dem Text der Note zu treffen wünsche und daß die Uebergabe voraussichtlich nicht vor einigen Tagen erfolgen werde.

Diese Havas-Meldung wird durch folgende Londoner Depesche bestätigt:

London, 2. Januar.

Während der „Daily Mail" aus Paris gemeldet wird, daß die alliierte Note über die Frage der Räumung Kölns von den Botschaftern morgen der Reichsregierung überreicht werden werde, hält „Daily Telegraph" eine weitere Verzögerung der Uebermittelung für wahrscheinlich. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, es sei wahrscheinlich, daß die alliierte Note nicht vor einigen Tagen in Berlin übergeben werde. Sie werde von den alliierten Botschaftern gemeinsam unterbreitet werden. Der Wortlaut der Note werde wahrscheinlich in seiner Fassung einige Unterschiede von der von der Botschafterkonferenz am Mittwoch entworfenen Note. Es werde stark die Auffassung vertreten, daß die britische Regierung um eine weitere Abänderung des Entwurfs vom Mittwoch ersuchen werde.

Das „Kompromiß".

Paris, 1. Januar.

Die gestern von der Botschafterkonferenz getroffene Entscheidung wird vom „Echo de Paris" als ein Kompromiß betrachtet. Das Blatt schreibt: Hier erkennt man alle Möglichkeiten für ein Kompromiß, dessen Abschluß man jetzt auf 3 oder 4 Wochen vertagt hat. Jetzt werden die Deutschen uns mit ihren Bitten überhäufen und sie werden nicht verfehlen, sich an England zu wenden und an Amerika, da sie dort Anhänger haben, denen es darum zu tun ist, das System Dawes zu retten. Dieser Teil der öffentlichen Meinung in England und in den Vereinigten Staaten erklärt, es sei das Beste, wenn die Alliierten ihre Soldaten aus Köln und aus dem Ruhrgebiet zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückziehen würden, wenn das Deutsche Reich in der Zwischenzeit ein Programm von 5 oder 6 Punkten, das man gemeinsam aufstelle, erfüllt habe, damit mehr oder weniger oberflächlich und vorübergehend die Spuren der Verfehlungen an den militärischen Klauseln des Friedensvertrages verschwinden.

Wie die Pariser Lügenpresse arbeitet.

Amsterdam, 2. Januar.

Der Pariser „Matin" veröffentlichte vor wenigen Tagen eine Meldung aus Holland, die aus sehr vertrauenswürdiger Quelle stammen sollte, und in der mitgeteilt wurde, daß seit einiger Zeit auf der Rotterdamer Werft Wilton Unterteile von Unterseebooten für Deutschland hergestellt würden, was als ein neuer Beweis für Deutschlands Bewaffnung gelten könne.

Die Korrespondenten mehrerer hiesiger Blätter, darunter auch der „Telegraph", haben darauf bei der Direktion der Wilton Maschinenfabrik und Schiffswerft zu Rotterdam Erkundigungen nach der Richtigkeit der obigen Nachricht des französischen Blattes eingezogen. Das Ergebnis war, daß die Direktion der Werft den Bericht des „Matin" als eine glatte Erfindung bezeichnete und hinzufügte, daß von einer derartigen Fabrikation niemals auch nur die Rede gewesen sei. Die Korrespondenten wurden auch von der Direktion direkt ersucht, die französische Meldung in ihren Blättern zu dementieren.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen im kritischen Stadium.

eca Paris, 1. Januar.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die augenblicklich in ein kritisches Stadium getreten sind, werden von den französischen Blättern nur sehr wenig kommentiert. Der Grund hierfür dürfte hauptsächlich in dem Mangel an zuverlässigen Informationen liegen, da aus begreiflicher Zurückhaltung, gerade in einem Augenblick, wo es um das Schicksal der Verhandlungen geht, von maßgebender Seite nur sehr wenig gesagt wird. Das „Journal" veröffentlicht heute eine kurze Uebersicht über diese Verhandlungen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß der neue französische Zolltarif zahlreiche Einwendungen der deutschen Delegation hervorgerufen hat. Das Blatt stellt deshalb fest, daß man anscheinend sehr ernsthaften Schwierigkeiten in den Verhandlungen entgegensehe und erklärt, man müsse bereits jetzt mit der Unmöglichkeit rechnen, bis zum 10. Januar zu einem endgültigen Abschluß zu gelangen. Im übrigen würden sich die kommenden Verhandlungen um die Schaffung eines vorläufigen modus vivendi drehen.

Das Regierungsblatt „Oeuvre" ist das einzige Blatt, das heute Angriffe gegen die deutsche Delegation richtete: man habe man in Deutschland den Ratschlägen derjenigen Politiker und Publizisten nachgegeben, die gerne hätten, die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen solange zu sabotieren, bis die Frage der Räumung der Kölner Zone eine für Deutschland befriedigende Lösung gefunden habe.

Senator Borah fordert die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Reparationssumme.

Die Schwierigkeiten trotz des Dawes-Planes.

New-York, 1. Januar.

(Durch Funkspruch.)

„New York Herald and Tribune" meldet aus Washington: Senator Borah erklärte, er habe die Absicht, Präsident Coolidge durch eine demnächst im Senat einzubringende Entschließung aufzufordern, alle wirtschaftlich bedeutenden Nationen unter Einschluß Deutschlands und Rußlands zu einer internationalen Wirtschafts- und Abrüstungskonferenz nach Washington einzuladen. Borah fügte hinzu: Trotz des Erfolges des Dawes-Planes ist es unmöglich, in der gesamten Welt zu einer Stabilität zu gelangen, ehe nicht jede im wirtschaftlichen Wiederaufbau begriffene Nation an einer Vereinbarung und deren lebenswichtigen Folgen teilnimmt. Eines der Grundprobleme der Konferenz würde sein, die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme festzusetzen, da Deutschland sonst auch weiterhin in internationalen Schwierigkeiten verstrickt bleiben wird.

Der Barmat-Skandal.

Weitere aufsehenerregende Verhaftungen.

Am Silvesterabend sind weitere führende Persönlichkeiten des Barmat-Konzerns verhaftet worden und der Staatsanwaltschaft ist es gelungen, so belastendes Material in den Geschäftsräumen des Riesenunternehmens zu beschlagnahmen, daß die Leitung der Staatsbank, hoffentlich in kürzester Frist, bindende Erklärungen abgeben wird, wie es möglich gewesen ist, daß dem Barmat-Konzern Kredite — ebenfalls wie im Fall Kutisker — ohne sichere Unterlagen gegeben worden sind.

Das größte Aufsehen dürfte

die Verhaftung des Ministerialdirektors a. D. Kautz

erregen, der am 1. Januar morgens in seiner Wohnung in Westend, Eschenallee, festgenommen worden ist. Ministerialdirektor Kautz, der zuletzt die Stellung eines Generaldirektors im Barmat-Konzern bekleidete, gehörte in den Jahren 1918—1921 in leitender Stellung dem Reichsschatzministerium an und hatte dort längere Zeit das Dezernat für die Erfassung von ehemaligem Heeresgut (!). Er arbeitete hier Hand in Hand mit der Reichstreuhandgesellschaft, der er die riesigen Bestände des ehemaligen Heeres und der Marine zum Verkauf an die deutsche Industrie zuleitete. Der Name des Ministerialdirektors Kautz tauchte in der Oeffentlichkeit zum ersten Male im Erzberger-Prozeß auf, wo es allgemein Aufsehen erregte, daß dieser Beamte in einem Schiedsspruch zugunsten einer großen Tiefbaugesellschaft gegen das Reich entschied und dafür

eine schon damals außerordentlich beträchtliche Summe für das Schiedsrichteramt erhielt.

Später war Kautz wiederum als Schiedsrichter zwischen dem Reichsschatzministerium und den Berlin-Burger Eisenwerken tätig, die aus den Marinebeständen sehr große Posten Schrott gekauft hatten. Unter dem Schrott befand sich unverhältnismäßig viel Edelmetall, für das vom Reichsschatzministerium eine besondere Bezahlung erfolgt wurde. Erneute der Schiedsspruch schon Befremden, so war die Verwunderung noch größer, als kurze Zeit darauf Ministerialdirektor Kautz aus seinem Staatsamt ausschied und

als Direktor bei den Berlin-Burger Eisenwerken eintrat.

Als die Barmats dann die Berlin-Burger Eisenwerke übernahmen, bekleidete Ministerialdirektor a. D. Kautz den Posten eines Generaldirektors, und in dieser Stellung ist er eifrig bemüht gewesen, für seinen Konzern die Kredite von der Staatsbank herauszuschaffen.

Am letzten Abend des alten Jahres wurde ferner der frühere Direktor der Staatsbank,

Geheimrat Dr. Hellwig in Kassel verhaftet

und ist am Donnerstag nach Berlin gebracht worden. Er befindet sich gegenwärtig im Untersuchungsgefängnis Moabit und wird am heutigen Freitag bereits vom Generalstaatsanwalt ausführlich vernommen werden. Am 31. Dezember wurde auch der vierte Bruder Barmats, Isaac Barmat, verhaftet, der sich in Berlin aufhielt. Auch er ist gestern bereits kurz vernommen worden.

Ferner sind in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden Direktor Lichtenstein von der Merkur-Bank, Prokurist Levy, Direktor Staub von den Berlin-Burger Eisenwerken (über deren Verhaftung wir schon im gestrigen Morgenblatt berichteten. Die Anzahl der Verhafteten ist jedoch noch erheblich größer, weiter unten bringen wir noch nähere Einzelheiten darüber. D. R.) Alle festgenommenen Personen stehen unter dem Verdacht des

Kreditbetruges gegenüber der Preußischen Staatsbank.

Die Staatsanwaltschaft sieht ein schweres Vergehen u. a. darin, daß zur Erlangung der Millionenkredite auch Aktienpakete ins Depot der Staatsbank gegeben worden sind, die durch Börsenmanöver in ihrem Wert, und zwar kurz vor Erstreckung der Kredite in die Höhe getrieben worden waren. Nach Erlangung der Kredite sank dann der Wert der lombardierten Effekten, sodaß von einer vollen Deckung nicht im entferntesten mehr die Rede sein konnte. Daß die leitenden Männer der Staatsbank diese Manöver nicht durchschauten, fällt ihnen genau so zur Last wie die fast unglaubliche Tatsache im Fall Kutisker, daß die Seehandlung Wechsel, die auf Riesensummen lauteten, als „Sicherheit" empfing, die hinterher, als am Verfalltage die Beträge nicht eingelöst wurden, nicht einmal zu Protest gingen, weil es sich bei näherern Berechnungen herausstellte, daß diese „Sicherheitswechsel" nicht einmal die Protestkosten lohnten. Es klingt auch fast unglaublich, daß dem Barmat-Konzern für einzelne Kredite ein Jahr lang überhaupt keine Zinsen gezahlt worden sind, und daß trotzdem die Staatsbank den Barmats weitere Kredite bewilligt hat. Es ist schließlich ebenso wenig verständlich, daß das Direktorium der Staatsbank dem Barmat-Konzern auch dann noch Kredite bewilligte, als die Affäre Kutisker bereits rollte und in der Oeffentlichkeit soviel Staub aufwirbelte, und obwohl schon damals öffentlich der Verwunderung Ausdruck gegeben wurde, daß man den Brüdern Barmat ebenfalls so große Kapitalien zur Verfügung stellte. Die nächste Aufgabe der Staatsanwaltschaft ist nun die Prüfung der Frage, ob alle führenden Persönlichkeiten des Barmat-Konzerns über die Einzelheiten der Kreditgeschäfte mit der Staatsbank im Bilde gewesen sind und ob sie mit ihrer Verantwortung die Transaktionen gedeckt haben.

Wie verlautet, wird der Barmat-Konzern, nachdem fast alle führenden Persönlichkeiten verhaftet worden sind, in den nächsten Tagen voraussichtlich für die einzelnen Unternehmungen

die Geschäftsaufsicht beantragen.

Die Staatsanwaltschaft hat zwar Vorsorge getroffen, daß die zur Auszahlung der Löhne und Gehälter notwendigen Summen bereitgestellt werden, doch sind alle anderen Geschäftsmaßnahmen unterbunden, so daß sich für einzelne der Unterbetriebe zwangsläufig kritische Situationen ergeben dürften. Die Staatsanwaltschaft hat weitestgehende Maßnahmen getroffen, um eine Verschiebung oder Beiseiteschaffen von Kapitalien des Konzerns zu verhindern. Auch der Privatbesitz der Brüder Barmat ist, soweit dies möglich war, sichergestellt. Interessant ist übrigens die Tatsache, daß die Untersuchungsbehörde in der Wohnung des Direktors Julius Barmat in Schwanenwerder in einem Wandschrank Juwelen und Wertsachen in sehr hohem Werte entdeckt hat. Diese Wertsteine usw. sind gestern in einem Koffer nach Moabit gebracht und dort sichergestellt worden.

Schließlich erfahren wir noch, daß die von anderer Seite gebrachte Meldung, daß sich unter den jetzt Verhafteten ein Jurist von Weltruf befinde, nicht zutrifft. Es dürfte sich dabei vielmehr um eine Verwechselung des jetzt in Untersuchungshaft befindlichen Dr. Hellwig mit seinem verstorbenen Vater handeln, der in der Tat ein hervorragender Jurist war und auf dem Gebiete des Zivilrechts durch die von ihm herausgegebene wissenschaftliche Literatur Weltruf erlangt hat. Ebenso unrichtig ist die Behauptung der „Roten Fahne", daß im Zusammenhang mit der Barmat-Affäre Reichskanzler a. D. Bauer und der Landtagsabgeordnete Heilmann verhaftet seien.

Die neuverhafteten Angestellten des Barmat-Konzerns.

Der verhaftete Direktor der J. Roth A.-G., Julius Rabbinowitsch, ist ein früherer Breslauer Rechtsanwalt, der nach dem Kriege nach Berlin übersiedelte und dann wohl auf Grund verwandschaftlicher Beziehungen — der ebenfalls verhaftete Direktor Staub ist sein Schwager — eine leitende Stellung bei der genannten Firma erhielt. Mit dem Sohn des russischen Finanzmanns Rabinowitsch, der die Aktienmajorität des Bankhauses v. Bennekendorf besitzt, hat Rabinowitsch nichts zu tun. Ministerialdirektor a. D. Kautz ist erst seit Oktober vorigen Jahres wieder in Deutschland, nachdem er im Jahre 1923 mit seiner Familie nach Angora übersiedelt war, wo er Direktor der Türkischen Agrarbank war. Für die älteren Kreditionen des Barmat-Konzerns scheint demnach Kautz weniger in Frage zu kommen, er soll sich aber im Herbst vorigen Jahres um weitere Kredite bei der Seehandlung zugunsten des Barmat-Konzerns bemüht haben, und es scheint, als ob ihm in dieser Beziehung Vorwürfe gemacht werden, die der Staatsanwaltschaft Anlaß zum Einschreiten gegen den ehemaligen hohen Regierungsbeamten gaben. Was im übrigen die Persönlichkeiten der anderen Verhafteten des Barmat-Konzerns anbetrifft, so handelt es sich bei Lichtenstein und Scheffer um die Direktoren der Merkur-Bank, bei Gehricke um den Buchhaltungsleiter, bei Thieme um den Personalchef und stellvertretenden Direktor der genannten Bank. Wolff war Prokurist der Berlin-Burger A.-G., Klengke Geschäftsführer des Amexima-Konzerns, des Ausgangspunktes der Barmatschen Kreditoperationen. Neu ist die Verhaftung eines weiteren Angestellten der Merkur-Bank, und zwar eines früheren Mannes der Staatsbank namens Wollschläger, dessen Festnahme in Verbindung mit der der übrigen leitenden Persönlichkeiten des Barmat-Konzerns erfolgte.

Zu der Mitteilung, daß der Barmat-Konzern eine

Abteilung für die Vermittlung von Kommunalanleihen

besaß, die jedoch schon nach kurzer Zeit wieder aufgelöst wurde, ist noch folgendes nachzutragen:

Der Barmat-Konzern gründete vor nicht allzu langer Zeit die Kredit- und Kommerzialbank A.-G. mit einem Kapital von 250 000 Goldmark. Die Bank stand in enger Beziehung zu der im Barmat-Konzern befindlichen Bremer Privatbank A.-G., an die Zahlungen auf das Konto der Kredit- und Kommerzialbank zu leisten waren. Die Kredit- und Kommerzialbank bezeichnete als ihre Aufgabe in den „Richtlinien für unsere Vertreter" folgendes: Die Emission und der Vertrieb von industriellen Obligationen, den Vertrieb von Pfandbriefen, den Vertrieb von kommunalen Anleihen usw. Man setzte sich mit ungefähr 20 deutschen Kommunen in Verbindung, denen man Kredite auf der Basis offerierte, daß bei einer Anleihe aus dem Willen Goldmark die Hälfte in Effekten, und zwar in Werten der Industrieunternehmungen, die dem Barmat-Konzern gehörten, oder gegen neunprozentige Wechsel. Für die Gesamtschuld sollten Stadt und Kreis die Sicherheit in voller Höhe übernehmen. Derartige Kreditverhandlungen sind geführt worden mit den Städten Zehdenick, Eberswalde, Templin, Fürstenberg i. M., Bunzlau, Prenzlau usw. Der Leiter der Kredit- und Kommerzialbank war Direktor Hans Scharlach, der noch Aufgabe seiner eigenen Bank und deren Uebernahme durch Kutisker zur Kredit- und Kommerzialbank überging.

Die Kreditgewährung eine Stützung der Staatsbank?

Eine Darstellung der Barmat-Anhänger.

Ueber die Entwicklung der Kreditbeziehungen zwischen der Seehandlung und dem Barmat-Konzern erfährt man jetzt interessante Einzelheiten, deren Mitteilung übrigens von einer dem Barmat-Konzern sehr nahestehenden Seite (!) erfolgte. Die leitenden Herren des Barmat-Konzerns hatten, als der Name Barmat zuerst in Verbindung mit dem Fall Kutisker in der Oeffentlichkeit genannt wurde, Wert auf die Feststellung gelegt, daß ihre Kreditbeziehungen zur Preußischen Staatsbank lediglich auf die Weise zustandegekommen seien, daß der Barmat-Konzern

EGLER & CO. Bankgeschäft
Telegramm-Adresse: Quicklybank
Fernsprecher: Merkur 5006—10
BERLIN C. 2
An der Schleuse 9
(am Schloßplatz)